
Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 16. WAHLPERIODE

**Stellungnahme des nordrhein-westfälischen
Philologen-Verbandes
zum**

STELLUNGNAHME 16/2141

A07/1

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan
des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014
(Nachtragshaushaltsgesetz 2014)**

Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 16/6700)

sowie zum

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz
2015) Schwerpunkt Personalhaushalt 2015**

**Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksachen 16/6500 und
16/6710**

**Anhörung des Unterausschusses „Personal“ des Haushalts- und
Finanzausschusses am 21. Oktober 2014**

-
1. Zahlreiche Rückmeldungen von Schulen spiegeln, dass die Stellensituation nicht ausreicht, um den Unterrichtsbedarf abzudecken. Die Haushaltszahlen erwecken den Eindruck, dass die rein prozentual betrachtete **Stellensituation für die Gymnasien** auskömmlich ist. Stellenspezifische Engpässe resultierten aus der ungleichmäßigen Stellenverteilungssituation. Der Durchschnittswert zeige ein anderes Bild als die Befunde einzelner Schulen.

Der Philologen-Verband ist allerdings nicht der Auffassung, dass es sich hierbei um ein Verteilungsproblem handelt.



Graf-Adolf-Straße 84
40210 Düsseldorf

Landesgeschäftsstelle
Telefon: 0211/177440
Telefax: 0211/161973

E-mail: info@phv-nw.de
Web: www.phv-nw.de

Mit 554 Einstellungen für 2014 haben die Gymnasien eine extrem geringe Quote hinzunehmen. Zweifellos schlagen sich die 500 sog. Überhangstellen infolge des Doppelabiturjahrgangs bei der Einstellungssituation nieder. Dennoch ist selbst bei einem quantitativen Schülerrückgang - prozentual liegt er mit -1,2 % unter dem Landesdurchschnitt von -1,7 % - nur schwer nachvollziehbar, dass die Gymnasien stellenmäßig ausreichend versorgt sein sollen. Immerhin wurden vom 1.8.2013 bis zum 31.7.14 1.792 Stellen wegen 1.910 Pensionierungen an Gymnasien frei (vgl. Erläuterungsband, S. 244), ist die sog. Kienbaum-Lücke mit ca. 1.000 fehlenden Lehrerstellen nicht geschlossen, wird die Präventionsrendite mit 458 Stellen (2014/2015) rechnerisch allen Schulformen negativ angerechnet und 500 Lehrerstellen, davon in 2014 160 Stellen vorab allen Schulformen für die Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes abgezogen (vgl. Erläuterungsband, S. 15).

Der Philologen-Verband fordert eine deutliche Anhebung der Einstellungskontingente

2. Mit der Verkürzung des Referendariats sind die unterrichtlichen Erwartungen gegenüber den Auszubildenden (vgl. Kerncurriculum, Erhöhung des Stundenumfangs des Ausbildungsunterrichts etc.) gewachsen. Unbestritten ist die ohnehin hohe Belastung weiter gestiegen.

In dieser Situation ist es angebracht, den Anteil des **Selbstständigen Unterrichts** (BDU = bedarfsdeckender Unterricht) sukzessive zu reduzieren. Der Philologen-Verband fordert, dass ein Zeitplan entwickelt wird, um den Selbstständigen Unterricht auf ein Minimum zu beschränken. Allein an Gymnasien, Gesamtschulen und Realschulen werden durch den von Referendaren und Lehramtsanwärtern zur Abdeckung des Bedarfs erteilten Unterrichts 1.454 Stellen „erwirtschaftet“.

3. Die Herausforderung der **Inklusion** verlangt, dass in den Schulen eine personelle Doppelbesetzung Standard ist. Die Klassen mit zu inkludierenden Kindern sind auf 20 Schülerinnen und Schüler zu begrenzen. Auch darf die Zahl der Inklusionsschüler pro Lerngruppe fünf nicht überschreiten.

Es ist sachwidrig, angesichts der erforderlichen personellen Ausstattung in den Schulen das Stellenbudget von 9.406 auf 9.230 (vgl. Haushaltsband, S. 243) im Bereich der Lern- und Entwicklungsstörungen abzusenken. Die Kopplung der Zahl an die Gesamtschülerzahlentwicklung ist nicht sachangemessen. Auch die deutliche Minderung der Zahl der eingestellten Förderschullehrkräfte

von 598 (2012), 530 (2013) auf 279 (2014) (vgl. Erläuterungsband, S. 63) ist ein völlig unangebrachtes Signal und verschärft die Schwierigkeiten im Inklusionsprozess.

4. Der nordrhein-westfälische Philologen-Verband kritisiert, dass bei der Höchstgrenze von 14.035 (rechnerisch veranschlagbar) A14-Beförderungsstellen an Gymnasien im Jahr 2014 nur 8.491 besetzt waren.

Bei den A15-Stellen waren 2014 von den 5.370 möglichen Stellen nur 2.497 besetzt. Ein beträchtlicher Teil dieser Stellen wird für die Lehrerausbildung benötigt, so dass in den Schulen eine erhebliche Zahl von Funktionsstellen unbesetzt ist (vgl. Erläuterungsband, S. 178 f.)

Wir fordern eine zeitnahe Korrektur dieser unzureichenden Situation.

Düsseldorf, den 30.09.2014



Peter Silbernagel
- Vorsitzender -